

Eva Bendix

Demokratisierungsprozesse in Townships

Südafrika vom 1. 10. 1997 bis 1. 2. 1998,
betreut von Thomas Wildberger

Inhalt

Zur Person	398
Im Licht und Schatten der Freiheit - Momentaufnahmen	398
Zwei Gesichter einer Stadt	399
„Let us make our townships ungovernable“	400
„Wir sind der Mund und die Ohren der Gemeinde" - kommunale Selbstverwaltung wörtlich genommen	401
Radio Zibonele - die Stimme Khayelitshas	404
Amandla! der Kampf geht weiter	406
Der neue Minister für Local Government - ein Anwalt des „kleinen Mannes“?	407
Alte Köpfe und neue Systeme - Bürokraten und Bürger	409
Zwischen grauer Theorie und schwarz-weißer Wirklichkeit	411
Wenn Bürger sich zur Wehr setzen . . .	412
Wachsende Demokratie	414
„UBUNTU“	415



Eva Bendix, Jahrgang 1963, Studium der Germanistik und Publizistik in Berlin und Münster, Magister *Artium* 1994, erste journalistische Erfahrungen im WDR-Hörfunk-Studio Münster und bei Radio ffn in Niedersachsen, seit 1995 freie Hörfunkjournalistin für WDR und die anderen ARD-Rundfunkanstalten; 1997 Stipendiatin der Heinz-Kühn-Stiftung in Südafrika.

Im Licht und Schatten der Freiheit - Momentaufnahmen

„A boring story“

„Willst du zu einer Story mitkommen?“ Rulani, die blinde schwarze Journalistin vom Nachrichtenbüro des SABC in Johannesburg fragt mich, ob ich sie und zwei ihrer jungen schwarzen Kollegen begleiten möchte. Sicher!

Wir fahren in die Randgebiete von Johannesburg, bis wir zu einem weitläufigen stoppeligen Feld kommen. Dort sind rotuniformierte Männer dabei, sogenannte „shacks“ einzureißen. Shacks, das sind provisorische Behausungen, notdürftig aus Wellblech, Pappe, Holz und sonstigem Abfall zusammengezimmert. Vereinzelt brennen Feuer auf dem Feld. Die Rotuniformierten drehen die Holzpfähle aus dem kargen Boden, sammeln brennbares Material von den ehemaligen Hütten und zünden es an. Zwischen den lodernden Flammen laufen Schwarze umher, auf ihren Köpfen balancieren sie Matratzen, Bettgestelle und Kochtöpfe, die wenigen Habseligkeiten, die sie vor der Zerstörung retten konnten.

Fast 8 000 homeless people werden in diesen Tagen unter Anwendung von Gewalt allein aus diesem Squattercamp vertrieben. Die Regierung von Johannesburg hat sich rechtlich abgesichert, schließlich hatten die Vertriebenen illegal kommunalen Grund und Boden besetzt. Nun müssen sie weg - wohin wissen sie nicht.

Wir hören, daß sich einige von ihnen auf einem hinteren Feld versammelt haben, um die Situation zu besprechen. Wir fahren hin. Rund 400 Schwarze stehen im Kreis und diskutieren - aufgebracht. Es hat angefangen zu regnen, ein kühler Wind weht, wir frieren.

Ein junger Zulu kommt vor, zeigt eine klaffende Wunde in seinem Gesicht und erzählt, daß bei der Vertreibung ein Freund von ihm umgekommen sei.

Ängstliche - enttäuschte - frustrierte - wütende - leere Augen blicken um mich herum. Der Regen wird stärker. Ein Schwarzer öffnet seinen Schirm und hält ihn schützend über uns.

Die Kollegen sprechen noch mit einem „Offiziellen“. Pathetisch versichert dieser, daß er sich um seine Brüder und Schwestern kümmern will. Wie, sagt er nicht.

Wir steigen wieder ins Auto und fahren zurück. Die Kollegen sind nicht sonderlich beeindruckt von den Geschehnissen, ähnliche Dinge sind in den vergangenen Jahren zu oft passiert. Ihr Kommentar „It is boring story“.

Zwei Gesichter einer Stadt

„Kapstadt, das schönste Ende der Welt“ - dieser vielzitierte Werbeslogan mag durchaus zutreffen. Über Jahrzehnte wurden viel Geld und viel Engagement in die Tourismusmetropole Südafrikas investiert. Von der Natur liebkost, von der Moderne verwöhnt, zeigt die Stadt am Kap den Touristen ihr strahlendes Gesicht. Das andere Gesicht Kapstadts wird kaum einem Touristen jemals offenbar. Vom Flughafen aus in nordöstlicher Richtung liegt Südafrikas zweitgrößtes Township: Khayelitsha.

Ein Meer aus Wellblechhütten. „Matchboxes“-Streichholzschachteln werden diese Baracken genannt. Sie haben keine Fenster, meist keinen Strom, und Wasser zapfen sich die Bewohner vom Gemeinschaftshahn, der draußen steht.

Khayelitsha, 30 km vom Zentrum Kapstadts entfernt, liegt in der Einflugschneise des Flughafens auf einer Sanddüne. Benachbart von einem Stützpunkt der südafrikanischen Armee war diese Siedlung ursprünglich für maximal 300 000 Bewohner geplant.

Auf einer sandigen Fläche von rd. sieben x sieben km wohnen heute nach offiziellen Angaben zwischen 300 000 und 500 000 Einwohner, nach inoffiziellen sind es rund eine Million, so genau weiß das aber niemand. Immer wieder kommen Menschen aus dem ländlichen Gebiet der Transkei, lassen sich auf einem freien Fleck nieder, bauen in Windeseile eine provisorische Hütte auf und bleiben, gehalten von der Hoffnung, einen Job zu finden. Doch in dem Meer aus Wellblechhütten lebt ein Meer von Arbeitslosen, geschätzter Anteil 75 Prozent. Erschwerend kommt hinzu, daß rund 70 Prozent der Menschen in Khayelitsha weder lesen noch schreiben können.

Khayelitsha ist Kapstadts jüngstes Township. Vor 14 Jahren entstand es als ein neues Ghetto auf dem Reißbrett der Apartheidsarchitekten. Wichtige rechtliche Grundlage für diese Praxis der Ghettoisierung war in den 50er Jahren der „Group Areas Act“. Für die Schwarzen und Farbigen, die über Jahrzehnte in Kapstadt gewohnt hatten, hieß es plötzlich: „you are no doubt aware, that the area, in which the cottage you occupy is situated, has been declared white.“ - Kapstadt nur für Weiße! Aufgrund dieser Proklamation aus dem Jahre 1959 werden Schwarze und Farbige zwangsumgesiedelt.

Jede Hautfarbe bekommt ein eigenes Gebiet zugeteilt, weit außerhalb Kapstadts und für die weiße Minderheitsregierung gut zu kontrollieren. So entstehen Ghettos vor den Toren der „schönsten Stadt dieser Welt“. Nach Kapstadt hinein dürfen die Schwarzen nur zum Arbeiten und mit einem entsprechenden Ausweis.

Da in den 70er und 80er Jahren manche Townships ins Unübersehbare wuchsen, wurde 1983 noch ein weiteres Ghetto geschaffen: Khayelitsha. Khayelitsha bedeutet wörtlich übersetzt: „Unser neues Heim“.

„Let us make our townships ungovernable“

Ich treffe mich mit Dumisa Bangani in einem Container in Khayelitsha. Mein Blick aus dem Fenster fällt auf einen Polizeiwachturm, ein Relikt aus Apartheidszeiten. „Von diesen Türmen gibt es zahlreiche in Khayelitsha“, erzählt Dumisa, „heute werden sie nicht mehr genutzt, aber früher - es war schrecklich, es herrschte Krieg hier.“ Dumisa Bangani bezeichnet sich selbst als politischen Aktivist und Befreiungskämpfer. „Wir kämpften für die Befreiung unserer Leute, für die Gleichberechtigung, für freie Wahlen, für ein wirklich demokratisches Südafrika.“ Dieser Kampf fand auf zwei Ebenen statt: die eine Ebene umschreibt Dumisa mit dem „kalten Krieg“ - dem „Unsichtbaren“. Politische Anhänger des ANC (African National Congress) trafen sich im Untergrund und entwickelten Strategien, um das Apartheidssystem zu unterwandern. Von der nationalen Führungsriege der offiziell verbotenen Partei ANC gab es eine klare Losung an ihre Mitglieder in den Townships: „Let us make our townships ungovernable“. Wie sie ihre Townships unregierbar machten, konnten die Parteimitglieder z. T. selbst bestimmen. Dumisa und seine politischen Mitkämpfer in Khayelitsha entschieden sich für den aktiven Kampf - die zweite Ebene des Widerstandes. „Wir führten draußen einen wirklichen, sichtbaren Krieg. Wir verbrannten und zerstörten das Eigentum der Regierung. Immer wieder fielen Schüsse und Autos brannten.“ Jeder, der in den Augen der ANC-Mitglieder mit der Regierung zusammenarbeitete, wurde als Kollaborateur eingestuft und bekämpft. Das betraf auch Geschäftsleute, die Fleisch oder Baumaterial mit Lieferwagen nach Khayelitsha brachten. „An einem Tag haben wir z. B. 14 LKW verbrannt. Wir wußten ganz genau, daß der Qualm die Polizei alarmieren und hierherbringen würde. Also begaben wir uns auf strategisch günstige Positionen, warteten und griffen an. Manchmal haben wir sogar unsere Brüder umgebracht. Z. B. wenn wir Plastikbomben in Polizeistationen hineinwarfen.“

Das Leben des einzelnen zählte in diesem Kampf nicht viel, wichtiger war das große Ziel: die Befreiung. Eine Haltung, die viele Widerstandskämpfer bis heute nicht abgelegt haben.

In die Schußlinie gerieten immer wieder auch Mitglieder der Kommunalregierung: die Bürgermeister, die zu Apartheidszeiten in Khayelitsha tätig

waren, wurden nicht von den Einwohnern gewählt, sondern von der weißen Minderheitsregierung bestimmt und eingesetzt. Oftmals handelte es sich um Personen, die in Khayelitsha zuvor ein öffentliches Amt bekleidet hatten, wie das eines Schuldirektors.

„Sobald wir hörten, Mr. X oder Mr. Y ist Bürgermeister geworden, gingen wir direkt zu ihm hin, sagten ihm, daß er aus Khayelitsha verschwinden sollte, andererseits würden wir sein Haus anzünden oder ihn umbringen.“

Trotz dieser lebensbedrohenden Situation fand die Regierung immer wieder Personen, die sich für ein solches Amt zur Verfügung stellten. „Sie bekamen sehr viel Geld für dieses Amt geboten.“

Fast alle Bürgermeister verließen Khayelitsha. Sie hatten den Ruf, die „Wachhunde“ des Systems zu sein. „Der Bürgermeister war Ohr und Auge des Townships, viele Leute von uns sind verhaftet worden aufgrund seiner Aussagen.“

So war das Verhältnis zwischen Bürgermeister und den Bürgern, die er vertreten sollte, von Feindseligkeit und Mißtrauen geprägt.

Ins Township fuhren die Repräsentanten der Bürger nur noch im gepanzerten Wagen und wenn sie zu den Leuten sprechen wollten, griffen sie zu trickreichen Manövern: „Am Tag einer solchen Rede fuhr ein Wagen mit Lautsprechern durch das Township und informierte die Bewohner, daß ein großes Treffen im Stadion stattfindet, ohne jedoch zu sagen, daß der Bürgermeister sprechen würde.“ . . .

„Tagelang gab es vorher verstärkte Polizeieinsätze, Sicherheitskräfte suchten Bewohner auf. Am Tag der Rede sperrten sie alle Eingänge nach Khayelitsha ab und untersuchten jedes Auto.“

Nicht nur der Bürgermeister, auch die Stadträte wurden von der Apartheidsregierung eingesetzt. Deshalb waren sie eine weitere Zielscheibe im Befreiungskampf. „Es war ein autokratisches System, nur ein paar Leute entschieden für ganz Khayelitsha und das waren Personen, die wir ganz und gar nicht akzeptierten.“

Dumisa erinnert sich an eine der letzten größeren Sabotageaktionen: „Wir wußten ganz genau, in welchem Haus in Khayelitsha sich die Stadträte trafen. Also attackierten wir sie mit einer Bombe. Leider war zu der Zeit keiner im Haus.“

Dumisa zeigt aus dem Containerfenster. „Wenn du hier rausguckst, kannst du im Gebäude gegenüber die Einschußlöcher noch sehen.“

„Wir sind der Mund und die Ohren der Gemeinde“ - kommunale Selbstverwaltung wörtlich genommen

„Vision: Ein demokratisches, nicht rassistisches, wirtschaftlich lebensfähiges Khayelitsha, das wirklich zum übrigen Kapstadt gehört. Ein Platz, wo Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit für alle Bewohner herrscht.“

Diese plakatierte Vision springt mir ins Auge, als ich das KDF-Büro betrete. KDF steht für Khayelitsha Development Forum. Hier schlägt das kommunalpolitische Herz des Townships. Es ist die Dachorganisation aller Bürgerinitiativen. Fast nichts passiert in diesem Township, ohne daß das KDF zumindest davon weiß und es in den meisten Fällen sogar abgesehen hat.

Mit dem KDF haben sich die Bürger aus Khayelitsha eine eigene informelle Townshipregierung geschaffen, die größtenteils nach den Prinzipien einer Stadtverwaltung aufgebaut ist. Einer der führenden Köpfe beim KDF ist Scharif Pandor.

„Die Idee mit KDF startete, als wir hier eine Stadtverwaltung hatten, die nicht von unseren Leuten gewählt worden war. Sie war rassistisch und repräsentierte das teuflische, unfaire System der Apartheid.“

KDF selbst wurde erst nach den Kommunalwahlen 1994 gegründet. Doch politische Vorläufermodelle gab es bereits zu Zeiten der Apartheid. Zahlreiche Antiapartheidsorganisationen wurden von den Bürgern ins Leben gerufen: „Wir arbeiteten im Untergrund und in ständiger Opposition zu der bestehenden Stadtverwaltung. Sie verboten eine Organisation und am nächsten Tag bauten wir wieder eine auf, nur mit einem anderen Namen.“ Wichtigste Aufgabe dieser Organisationen war es, bei der Entwicklung in Khayelitsha mitzureden, den Bürgern eine Stimme zu geben. Wenngleich diese Stimme oftmals überhört wurde, so schuf die Arbeit der Bürgerbewegungen doch eine ganz wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung in Khayelitsha: eine Struktur, auf die gleich nach der politischen Wende aufgebaut werden konnte: jede Straße in Khayelitsha hat ein selbsternanntes Straßenkomitee mit jeweils einem Sprecher, dem „Streetworklord.“ Verschiedene Straßenzüge sind zu einem Straßenviertel zusammengefaßt, an dessen Spitze wiederum ein Komitee mit einem Sprecher steht.

Die Komitees unterteilen sich in Bereiche wie Gesundheit, Ausbildung, Jugendentwicklung, Umwelt, Häuserentwicklung, etc. Von den insgesamt zwölf Stadtgebieten in Khayelitsha entsendet jedes seinen Sprecher auf die höchste kommunale Entscheidungsebene, dorthin, wo das KDF sitzt.

„Government does not reach down to grassroot level and they can never be that much. The KDF is Community structure and therefore they are very important.“

Diese Struktur gewährleistet in weiten Teilen, daß kommunalpolitische Ideen und Projekte tatsächlich von den Bürgern initiiert und mitgetragen werden. Ein beeindruckend basisdemokratisches Modell.

Aufgebaut und gefestigt wurde es ganz erheblich vom ANC. Er nutzte diese Struktur auch, um mit ihrer Hilfe den Widerstand gegen die Apartheidsregierung zu organisieren. Die Partei von Nelson Mandela hatte viele ihrer Leute während der Apartheid ins Exil geschickt, um sie dort ausbilden zu lassen. So verbrachte Sharif Pandor (führendes Mitglied vom KDF) mehrere Jahre in England und beschäftigte sich dort u. a. mit den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. Sein Wissen half ihm besonders

bei den Verhandlungen, die das KDF ab 1994 mit der zuständigen Stadtverwaltung und der Provinzregierung führte. „Wir setzten uns mit den Regierungsleuten zusammen und fragten sie, was plant ihr an Entwicklungsprojekten in Khayelitsha? Als sie uns dann die Pläne für die nächsten fünf Jahre gaben, konnten wir uns dazu äußern.“ In dieser Diskussion stellte sich heraus, daß wesentliche Bedürfnisse der Bürger in den Plänen nicht berücksichtigt waren. „Wir sagten ihnen: wartet mal, wir brauchen dringend Wasseranschlüsse und Straßen zwischen den shacks. Und was ist mit der Einrichtung von Feuerwehren. Ständig brennt es hier in Khayelitsha und wir können die Brände nicht löschen.“

Die Bürger aus Khayelitsha machten zum ersten Mal die Erfahrung, daß ihre Stimme gehört wurde.

„Früher wurden wir als Zweite-Klasse-Leute eingestuft, unsere Meinung war nicht gefragt. Jetzt, wo man uns zuhört, wächst das Selbstvertrauen und die Würde des einzelnen.“

Kommunikative Anfangsschwierigkeiten gab es mit der Provinzregierung. Denn im Western Cape regiert auf Provinzebene die National Party. Jene Partei, die während der Apartheidsära das politische Sagen im Land hatte und damit die rassistischen Interessen der weißen Minderheit vertrat. Für die Verhandlungspartner entstand eine ungewöhnliche Situation, mit der umzugehen sie erst lernen mußten. Mißtrauen und Vorurteile herrschten auf beiden Seiten. „Die NP-Regierung war nicht gewohnt, mit uns zusammenzuarbeiten. Sie waren nur gewohnt, uns Dinge vorzuschreiben. Am Anfang konnten sie nicht akzeptieren, daß sie sich mit uns beraten sollten. Doch als sie realisierten, daß sie keine Chance hatten, Projekte ohne unsere Zustimmung umzusetzen, änderten sie ihr Verhalten. Denn schließlich bringt es überhaupt nichts, in einem Township etwas zu bauen, wenn es von den Leuten nicht genutzt wird. ‚You end up with a white elephant‘.“

Diese Erfahrungen zeigen, daß die Macht des Bürgers nicht in der Macht des einzelnen, sondern in der Macht der Gemeinschaft liegt. Im Fall Khayelitshas in der gemeinsam aufgebauten Organisation des KDF.

Das KDF beteiligt sich nicht direkt an der Umsetzung von Projekten, sondern stößt sie an und treibt sie voran. „KDF muß der Motor für die Entwicklung in Khayelitsha sein.“

Um diesen Motor in Gang zu halten, sammelt das KDF Spenden, denn aus öffentlicher Hand gibt es keine Gelder. Die Spenden kommen hauptsächlich aus dem privaten Bereich. Diese Finanzmittel wurden schon in den Anfängen auf ungewöhnliche Art und Weise gesammelt: „Wenn z. B. ein Unternehmen in Khayelitsha Häuser bauen wollte, haben wir mit dem Unternehmer ausgemacht, daß er pro Haus eine Spende an das KDF zahlt. Dasselbe passierte bei der Elektrifizierung der Häuser. Für jeden Stromanschluß spendete die Firma zehn oder 20 Rand. Mit diesem Geld bauten wir das Büro von dem KDF auf.“ Die Mitarbeiter dieser Bürgerdachorganisation arbeiten ehrenamtlich. Für viele von ihnen ist es völlig selbstverständlich, sich in hohem Umfang für die Gemeinschaft einzusetzen. „Ich zähle nicht als Individuum, sondern als ein Mitglied der Gemein-

Schaft. Und die Interessen der Gemeinschaft stehen über meinen eigenen persönlichen Wünschen." Zum ersten Mal wird Sharif in unserem Gespräch emotional: „Du kannst jeden unserer Mitarbeiter fragen, sie werden dir alle das gleiche sagen." Als Beweis ruft er einen Mitarbeiter ins Büro und fragt ihn, warum er bei KDF arbeite. „Ich kämpfe nicht für mich, sondern für meine Leute", kommt prompt die Antwort. Sharif ist zufrieden und auch stolz. Stolz darauf, was die Bürger aus Khayelitsha bisher geleistet haben. Sie sind diejenigen, die in seinen Augen das wahre Verständnis von Demokratie haben: „Demokratie heißt nichts anderes, als die Interessen der Mehrheit zu repräsentieren. Das ist etwas, wofür wir seit Jahren kämpfen. Und man kann nicht für etwas kämpfen, was man nicht versteht. Politisch verstehen wir weitaus mehr von Demokratie als die weißen Südafrikaner. Unter ihrer Regierung hat es niemals Demokratie in Südafrika gegeben. Deswegen müssen wir Geduld mit den Weißen haben und die Verantwortung für sie übernehmen."

Radio Zibonele - die Stimme Khayelitshas

Radio Zibonele sendet in der Sprache Xhosa aus einem ehemaligen Schiffscontainer.

Ein Mischpult, zwei Tonbandgeräte, drei Mikrophone - das ist das minimal ausgerüstete Studio. Ein Kopierer, ein Telefon, vier Stühle, ein Tisch, das ist das provisorisch eingerichtete Büro. So schlicht diese einzige Sendestation in Khayelitsha ausgestattet ist, so einzigartig ist ihre Geschichte.

Die Idee zu einem Community Radio wurde in einer Tagesklinik geboren. Dort setzten sich 1992 engagierte Krankenschwestern zusammen und überlegten, wie sie die Einwohner Khayelitshas über Krankheits- und Gesundheitsthemen aufklären könnten. Da die meisten Bewohner Analphabeten sind, entschieden sie sich für einen Weg, über den die Bewohner schnell, direkt und effektiv zu erreichen sind: über das Radio. Ein Weg, der ihnen laut Gesetz verboten war. Denn senden durften nur diejenigen, die eine Lizenz hatten. Doch Schwarze in den Townships bekamen keine. Dennoch wandten sich die Krankenschwestern an einen australischen Arzt, der ihnen eine technische Erstausrüstung finanzierte. Damit gingen sie ein Jahr nach der Gründungsidee illegal auf Sendung. Zwei Stunden täglich informierten sie die Bürger über medizinische und gesundheitshygienische Themen. Das Spektrum reichte von „Was ist Aids?" bis „Wann kommt heute der Arzt nach Khayelitsha?"

Ein theoretisches Aus für die Sendung kam 1994, als die nationale unabhängige Prüfungskommission „IBA“ alle illegalen Radiostationen im Land stoppen ließ. Gleichzeitig wurden sie aufgefordert, eine Lizenz zu beantragen. Praktisch hieß das für Radio Zibonele, daß es zwar weiter auf Sendung gehen konnte, sich aber gleichzeitig um ein neues Konzept kümmern mußte. In diese Phase des Umbruchs von einem illegalen Piratensender

zu einem legalen öffentlichen Community Radio fielen die ersten freien Kommunalwahlen.

„Wir haben die Leute über das Radio politisch aufgeklärt; ihnen gesagt, was für neue Rechte und Pflichten sie haben. Die Kommunalverfassung und politischen Aufklärungsblätter, die die neue Regierung rausgegeben hatte, waren in Englisch verfaßt, das hier aber kaum einer versteht. Also haben wir für unsere Leute alles in Xhosa übersetzt.“ Vusi Tshose, Manager von Radio Zibonele erinnert sich gut daran, unter welchen Umständen sie damals gesendet haben: „Wir durften auf gar keinen Fall Wahlkampagnen ausstrahlen, aber andererseits sollten wir die Kandidaten für die Kommunalwahl vorstellen. Das war eine inhaltliche Gratwanderung, die uns die Lizens hätte kosten können. Denn die ‚IBA‘ überwachte alle Sendungen während dieser Zeit.“

Radio Zibonele ist bei dieser Gratwanderung nicht funkisch abgestürzt, sondern hat den Sprung geschafft. Seit dem 2. August 1995 ist es offiziell „on air“. Die Lizenz zum Senden muß es jedoch immer wieder neu beantragen, da diese nur zeitlich befristet vergeben wird. Die Finanzierung läuft zu großen Teilen über Werbeeinnahmen und Sponsorengelder.

Der blau angestrichene ehemalige Schiffscontainer hat sich für die Leute in Khayelitsha zu einem wichtigen kommunikativen Dreh- und Angelpunkt entwickelt. Er ist eine kommunale Informations- und Austauschbörse geworden. „Von hier aus erfahren die Leute, was für Townshipprojekte geplant sind oder was sie tun können, um ihre Community sauber zu halten. Der Bürgermeister kommt hierher und fordert die Leute auf, ihre Mieten und Gebühren zu zahlen.“

Radio Zibonele ist ein Radio von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft. Die Bürger aus Khayelitsha haben ein Komitee gewählt, das sich regelmäßig trifft und Ziele und Programme bespricht. Es existiert eine selbst aufgestellte Radioverfassung, „The Constitution of Zibonele Community Radio Station“. Darin heißt es u. a.: „Radio Zibonele hat die Aufgabe, die Community zu informieren, zu unterhalten und zu schulen. Es soll sich um die Entwicklung in der ganzen Gemeinde bemühen.“

Ein junges, engagiertes Team von rd. 30 freien, wechselnden Mitarbeitern und fünf Festangestellten versucht täglich auf's Neue, diese Ziele umzusetzen. „Wir versuchen, Programm für alle zu machen. Für Kinder genauso, wie für alte Leute. Wir rufen immer wieder die Bürger auf, uns ihre Meinung zu schreiben, Analysen abzugeben und Ideen einzureichen. Die Resonanz ist gut. Die Bürger beteiligen sich am Programm.“ Fast rund um die Uhr wird gesendet. Das ursprünglich nur auf Gesundheit ausgerichtete Programm hat sich erheblich erweitert. Die Themenpalette reicht von Frauen- und Kinderprogrammen über Sport, Kultur, Musik und Bildung bis zur Sozialpolitik.

Es gibt auch Mitmachsendungen, bei denen sich Bürger einschalten können. Diese Sendungen nutzt Vusi Tshose schon mal als Stimmungsbaremeter, insbesondere dann, wenn es um politische Einschätzungen geht. „Die Leute hier sind nicht bereit für die Demokratisierung. Sie sind darauf

einfach nicht vorbereitet. Oftmals wissen sie nicht, wie Demokratie funktioniert. Sie haben viel zu hohe Erwartungen. Nach der Kommunalwahl haben sie sich hingesezt, die Arme verschränkt und abgewartet, daß sich was ändert. Sie warten auf ein eigenes Auto, ein eigenes Haus und auf viel Geld. Our people are confused.“

Amandla! der Kampf geht weiter

Die Stimmung vor dem Gebäude der Provinzregierung in Kapstadt ist angespannt. Männer und Frauen ziehen mit lauten Gesängen die Straße auf und ab. In den Händen halten sie Pappschilder mit Aufschriften wie: „Nein zum Volksstaat!“; „Die NP liegt wieder im selben Bett“; „Nein zu Kriels Apartheidsverfassung“. Die Polizei ist aufmarschiert. Den Eingang zum Regierungsgebäude riegelt sie mit Schutzschilden hermetisch ab. „Viva ANC, viva ANC!“, skandieren Demonstranten.

Wir schreiben den 15. Januar 1998. Hoch über den Köpfen der Demonstranten, im fünften Stock des Regierungsgebäudes, unterschreibt Hernus Kriel, Premierminister der Western Cape Regierung die neue Provinzverfassung. Tage zuvor hatte der Premier vier seiner Kabinettsmitglieder entlassen. Alle vier haben etwas gemeinsam: Die schwarze Hautfarbe und die Mitgliedschaft beim ANC. Im Kabinett von Hernus Kriel sitzen nach dieser Entlassung nur noch Weiße und Coloureds. Schwarze sind nicht mehr vertreten. Und genau dagegen wendet sich der ANC mit seinem Aufruf zur Demonstration. Er will „seine“ Leute mobilisieren, sie auf die Straße bringen, den Kampf neu aufleben lassen.

Es herrscht Wahlkampfstimmung im Western Cape. Nächstes Jahr (1999) sollen die Bürger wieder ihre Stimme abgeben. Dann wird sich herausstellen, ob die National Party auf Provinzebene ihre Mehrheit halten kann. In ganz Südafrika ist Western Cape die einzige von insgesamt neun Provinzen, die von der NP regiert wird. Überall sonst hat sich der ANC bei den Kommunalwahlen durchgesetzt. Im Western Cape konnte er nur 38 % der Stimmen auf sich vereinigen.

Das politische Ränkespiel hat begonnen. Jede Gelegenheit wird wahrgenommen, um Propaganda zu machen. Die entlassenen vier Kabinettsmitglieder sprechen von Korruption in der Regierung, die NP wirft ihrerseits dem ANC Unfähigkeit vor.

Unten auf der Straße wird die Mobilisierungstaktik des ANC hörbar. Von einer Bühne aus werfen geschulte ANC'ler den Demonstranten rhetorische Bälle zu. Jeder Redner begrüßt die Leute mit dem ANC Schlachtruf „AMANDLA!“, die Menge antwortet unisono mit „Amandla!“. Das rhetorische Spiel geht weiter. Griffige Parolen, wie „Nein zum Volksstaat!“, „Weg mit Kriel“, „keine zweite Apartheidsregierung“ wiederholen die Frauen und Männer in staccatoähnlichen Gesängen. „Wollt ihr etwa, daß wir Schwarze im Kabinett nicht mehr vertreten sind?“ „Nein!“, ruft die

Menge. „Wollt ihr wieder von der National Party unterdrückt werden?“, „Nein, nein“, schallt es aus rund 500 Mündern. Die Leute sind wie hypnotisiert, lassen sich auf das rhetorische Bett des ANC fallen.

Diese Schule der Rhetorik wandte der ANC schon zu Apartheidszeiten an. Diese Demonstration aber endet friedlich. Singend ziehen seine Anhänger nach Hause.

Der neue Minister für Local Government - ein Anwalt des „kleinen Mannes“?

„Neuer Provinzminister verspricht bürgernahe Regierung.“ Der „Cape Argus“, die führende Zeitung in Kapstadt, bringt unter dieser Schlagzeile auf der Titelseite ein Bild von Patric McKenzie. Ich treffe den neuen Minister für Local Government in seinem Büro in der fünften Etage. Es liegt in dem Gebäude, vor dem noch vor wenigen Tagen die Bürger „Amandla, Amandla!“ skandierten.

Patric McKenzie ist einer derjenigen, die von der jüngsten Kabinettsumbildung profitiert haben. Er tauschte den nationalen Stuhl des Polizeiministers mit dem provinziellen Sessel des Ministers für „Local Government“. „McKenzie ist ein Mann, der bedingungslos dem Ruf der NP folgt“, schreibt die Zeitung. „Ich gehe dorthin, wo ich gebraucht werde“, sagt er mir im Interview. Patric McKenzies Weg fing ganz unten an. Mit sieben Jahren wurden er und seine Familie als „coloured people“ in ein Township zwangsumgesiedelt. Früh beteiligte er sich am Befreiungskampf für seine Leute. „Als der ANC sich für den gewaltsamen Kampf entschied, wechselte ich zur Labour Party und später ging ich zur National Party. Doch ich werde niemals meine Wurzeln vergessen.“

Patric McKenzie lehnt sich zufrieden in seinem Sessel zurück. „Unsere Position ist sehr gesund und sehr stabil zur Zeit. Schauen sie z. B. aus dem Fenster: unsere Straßen sind sauber; die Infrastruktur stimmt; die Leute zahlen für den Service, den sie bekommen. Das sind doch alles beste Anzeichen für ein erfolgreiches Arbeiten unserer Regierung. Die Touristen, die hierherkommen, finden überall ein ordentliches Kapstadt vor.“ „Nicht ganz“, werfe ich ein „was ist mit den Verhältnissen in den Townships, z. B. in Khayelitsha“? „Ja, das ist schrecklich. Wenn man nur 30 km aus Kapstadt hinausfährt, kommt man von der Ersten Welt in die Dritte Welt.“

McKenzie spricht von Herausforderungen und Veränderungen. Letztere sollen im administrativen Bereich stattfinden. „Im Moment haben wir eine ungesunde Situation, wo die schwarzen Gebiete mehr Wahlbezirke haben als die weißen und das ist nicht gerecht. In den nächsten Monaten werden wir eine neue Aufteilung vornehmen, schließlich stehen in eineinhalb Jahren die Kommunalwahlen vor der Tür.“

Der neue Minister hebt immer wieder Versäumnisse des ANC hervor. Es sei ja bekannt, daß die ANC-Nationalregierung bisher keine endgültige

Kommunalverfassung verabschiedet habe. Bis jetzt hätten die Kommunalregierungen immer nur nach Übergangsmodellen handeln können. Zur Zeit befände man sich in der dritten Modellphase. Das sei unzumutbar. Nichts sei richtig festgeschrieben, weder die Rolle des Bürgermeisters, noch die Stellung der Städte und Gemeinden. Er plädiere auf jeden Fall für eine Stärkung der einzelnen Gemeinden und nicht für eine zentrale, allmächtige Stadtverwaltung, eine sogenannte „Megacity“ wie sie der ANC vorschlage. Dezentralisierung sei der Schlüssel. „Die Macht muß beim Volk bleiben, bei den Leuten auf der Straße, die müssen die Entscheidungen treffen.“ McKenzie verkauft sich als Anwalt des „kleinen Mannes“, gleichzeitig fordert er jedoch mehr Einfluß für seine Provinzregierung. „Wir dürfen doch nicht vergessen, daß Südafrika keine demokratische Kultur hatte, sondern eine diktatorische.“ Darum müsse man den Stadträten unter die Arme greifen. „Wir sind zur Zeit dabei, spezielle Leute ausbilden zu lassen, die die Arbeit der Stadträte überwachen. Wir werden Leute einstellen, die Entscheidungsabläufe überprüfen, z. B. Finanzentscheidungen.“

Als der Mann im Ministersessel bemerkt, daß er mit diesen Worten die Mündigkeit „seines“ kleinen Mannes in Frage stellt, schlägt er einen anderen Ton an. „Ich glaube, daß die Leute das System von Local Government weitaus besser verstehen als das Funktionieren der Nationalregierung. Deshalb wissen sie auch ganz genau, warum die Bereiche Gesundheit und Bildung im Western Cape zusammenbrechen. Das ist die alleinige Schuld der ANC-Nationalregierung, denn die entscheidet schließlich über die Gelder. Wir, die NP, werden dafür von dem kleinen Mann nicht verantwortlich gemacht. Aus diesen Erkenntnissen zieht McKenzie folgendes Fazit: „Je schlechter es ihm (dem kleinen Mann) zur Zeit geht, desto besser für uns. Denn dann gewinnen wir seine Stimme im nächsten Wahlkampf.“ Die Chancen dafür stehen in der Tat gut. Das Gesundheits- und das Bildungssystem - zwei tragende Säulen der Gesellschaft - sind erheblich ausgehöhlt. Seit Wochen prangert der „Cape Argus“ mit seinen Schlagzeilen politische Fehlentscheidungen und deren Folgen in beiden Bereichen an. „Dunkle Wolken ziehen sich über schwarzen Schulen zusammen.“

In diesem Artikel ist nachzulesen, wie sich die finanziellen Kürzungen im Bildungssystem auswirken. Bis zu 60 % der Schüler haben 1997 an den schwarzen Schulen in der Kap-Provinz ihr Abitur nicht bestanden. Es fehlen Lehrer, Unterrichtsmaterialien und in einigen Schulen auch Strom und Wasser. Oftmals werden in den Klassen bis zu 70 Schüler unterrichtet. Vor diesem Hintergrund versteht kaum einer, warum die Provinzregierung rund 3 800 weitere Lehrer entlassen wird. „In der Ausbildung unserer Kinder liegt die Zukunft unseres Landes. Wie kann man sie nur so perspektivlos gestalten?“, fragt klagend ein Lehrer.

Makabres Beispiel für das kranke System am Kap ist ein Foto, das in der Sylvesterausgabe abgedruckt ist. Zu sehen ist eine rostige Schubkarre, auf der eine Wolldecke liegt. Unter der Decke schauen nur die nackten Füße eines Menschen hervor. Vor der Karre steht ein verzweifelter Mann, der hilflos zu den Umstehenden schaut. Diese Szene spielt im Township

Khayelitsha. Thobeka Madayi hatte seine kranke Frau in die Schubkarre gelegt und war mit ihr von einer Klinik zur anderen gelaufen. Keiner wollte oder konnte helfen. Seine Frau starb in der Schubkarre. Der Untertitel dieses Bildes lautet: „Letzte Reise“.

Alte Köpfe und neue Systeme - Bürokraten und Bürger

Dave Wilken, Leiter der Stadtverwaltung von Tygerborg, ist der einzige meiner Interviewpartner, der darauf besteht, daß ich ihm vorab eine Fragenliste faxe. Das mag daran liegen, daß er ein Mann von der „alten Garde“ ist. Dave Wilken hat zu Apartheidszeiten führend in der Verwaltung von Kapstadt gearbeitet. Demzufolge ist er bestens mit den Verwaltungsstrukturen vertraut. „Noch zu Zeiten nach der politischen Wende gab es 39 einzelne Verwaltungsbehörden für die gesamte Provinz, die haben wir nun auf sieben reduziert.“ Der aufgeblähte Verwaltungswasserkopf wurde um einiges eingedampft. Im Zuge dieses Prozesses teilte man die Stadtgebiete neu zu. Khayelitsha, das früher separat verwaltet wurde, fällt heute gemeinsam mit anderen schwarzen und coloured Townships sowie einigen weißen Stadtvierteln unter die Verwaltung von Tygerborg.

Die Hauptarbeit bei dieser Umstrukturierung fand im vergangenen Jahr (1997) statt.

„Fast alle Verwaltungsmitarbeiter wurden übernommen, aber auf anderen Positionen eingesetzt.“ Allein 7 000 Mitarbeiter hat Dave Wilken als Verwaltungschef unter sich. Die meisten von ihnen sind keinen demokratischen Umgang mit den Bürgern gewohnt: der Bürger im Township wurde weitgehend ignoriert und nicht als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft gesehen, der Bürger aus den weißen Stadtgebieten als lästiger Bittsteller betrachtet. Nun heißt es umdenken: die Parole, die Dave Wilken seinen Leuten einimpft, ist eindeutig: „Jedes Verwaltungsmitglied muß sich als Diener des Bürgers sehen. Ihm zu dienen und sich mit ihm zu entwickeln, das ist seine Aufgabe.“ Wilken weiß, daß dieser innere Haltungswechsel nicht über Nacht stattfinden kann. Um einigermaßen zu gewährleisten, daß rassistisches Gedankengut ausgeschlossen werden kann, wurde die komplette Führungsriege in den Verwaltungen ausgetauscht. Die Verwaltungschefs und die unter ihnen stehenden Direktoren mußten sich mehrstündigen psychologischen Tests aussetzen, bevor sie eingestellt wurden. Auch auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene arbeiten z. T. neue Leute. „Wir haben sehr unterschiedliche Mitarbeiter und wir achten darauf, daß alle Sprachen und Kulturen vertreten sind. Unsere Leute sind wirklich sehr gut trainiert. Von daher ist auch die Beziehung zwischen den Offiziellen und den Bürgern hervorragend.“ Ich melde Zweifel an, zumal ich von einem seiner Direktoren gehört habe, daß sich viele Verwaltungsmitglieder nicht in die Townships wagen. Um diese Schwellenängste zu überbrücken und das Klima zu verbessern, will dieser Direk-

tor nun Bürger aus den Townships in die Verwaltungsbüros einladen und dort gemeinsame Happenings veranstalten.

Dave Wilken bleibt dabei, das Verhältnis zwischen Bürgern und Bürokraten sei im großen und ganzen gut bis exzellent. Schwierig wäre es nur dort, wo die Bürger zu große Erwartungen hätten, aber „eine gut informierte Gemeinde ist eine glückliche Gemeinde“, resümiert er.

Zwei Türen weiter auf demselben Flur erfahre ich von Ernest Stass, Leiter der Abteilung „Community Development“, für wie informiert er die Bürger aus den Townships hält. „Sie haben nicht die geringste Vorstellung, was Kommunalregierung bedeutet. Sie wissen nicht, wie Abgeordnete arbeiten, welche eigenen Rechte sie haben oder woher z. B. das Wasser kommt. Wir müssen in die Townships gehen und die Leute aufklären.“ Ernest Stass, der als „coloured“ selbst aus einem Township stammt, ist in der Aufbauphase seines Entwicklungsbüros. Von 1994 bis 1997 waren hauptsächlich NGO's (Regierungsunabhängige Organisationen) für die Entwicklung in den Townships zuständig. Seit Mai 1997 fällt es nun in den Aufgabenbereich der Stadtverwaltungen. Ernest Stass muß ein Team von Sozialarbeitern und Entwicklungshelfern auf die Beine stellen. „Es ist ganz schwierig, kompetente Leute zu finden, denn auch die Sozialarbeiter wissen überhaupt nicht, was es heißt, ein Township zu entwickeln.“

Auch Khayelitsha fällt unter die Zuständigkeit von Ernest Stass. „Das größte Problem ist, daß wir dort viel Geld investieren, um Dinge zu erhalten anstatt etwas zu entwickeln, z. B. die Kanalisation. Immer wieder passiert es, daß die Einwohner Plastiktüten voll Abfall in die Kanalisation werfen und sie dadurch verstopfen.“

Es gibt verschiedene Projekte, die seit längerem in Khayelitsha auf Eis liegen. Geplant sind zwei Büchereien und drei Schulen. „Wir können diese Einrichtungen nicht bauen, da die dafür vorgesehenen Grundstücke von „homeless people“ besetzt sind. Sie sind nur dann bereit, die Grundstücke zu räumen, wenn wir ihnen neues Land zur Verfügung stellen. Die Stadtverwaltung kann ihnen aber kein alternatives Grundstück anbieten. Und selbst wenn. In dem Moment, in dem homeless people ihre shacks abreißen und das Land freigeben, besetzen sofort die nächsten den freien Platz.“

Der junge Verwaltungsmitarbeiter erzählt, daß er relativ regelmäßig Khayelitsha besucht und mit den Bewohnern spricht. Er weiß, daß sein wichtigster Ansprech- und Verhandlungspartner das Khayelitsha Development Forum (KDF) ist. „Die Zusammenarbeit mit den Leuten von den Bürgerorganisationen ist nicht ganz einfach. Es gibt in Khayelitsha insgesamt rund 1 200 Organisationen, die jeweils mit anderen Ideen kommen. Nun müssen wir entscheiden, wen wir unterstützen. Und genau da liegt unsere Chance. In dem Moment, wo wir einer der Organisationen Geld geben, machen wir sie von uns abhängig und können unkomplizierter mit ihnen zusammenarbeiten.“

Stass bemängelt fehlende organisatorische Fähigkeiten und verdeutlicht es an einem Beispiel: „Die Leute vom KDF wollen uns ein Fax schicken.

Als erstes kündigen sie das Fax telefonisch an, dann schicken sie uns an einem Tag achtmal dasselbe Fax. Das ist doch wohl eine totale Verschwendung von Ressourcen. Wir müssen die Leute dringend schulen."

Ernest Staas beschreibt auch Situationen, vor denen er relativ hilflos dasteht. So hat sich im Zuge der Neustrukturierung und der angestrebten Gleichstellung der Stadtgebiete ein neues Problem herauskristallisiert: seit 1974 existiert eine Warteliste, auf der sich Interessenten für eine Wohnung eintragen können. Insgesamt stehen 108 000 Leute auf dieser Liste. Egal wo eine Wohnung frei wird, der erste, der auf der Liste steht, hat einen Anspruch darauf. Nimmt er ihn aber nicht wahr, rutscht er automatisch wieder ans Ende der Liste. „Aber glauben Sie etwa, daß ein Weißer z. B. nach Khayelitsha ziehen will oder umgekehrt, daß ein Schwarzer sich eine Wohnung im weißen Vorort Bellville leisten kann? Das mit der Gleichstellung ist zwar gut gemeint, läßt sich aber leider nicht immer verwirklichen."

Zwischen grauer Theorie und schwarz-weißer Wirklichkeit

„We have a vision, we don't need experiences“

„Als ich Stadtverordneter wurde, dachte ich, ich könnte vieles ganz einfach durchsetzen, aber jetzt bin ich ziemlich enttäuscht. Denn nun kenne ich die langen bürokratischen Wege und die Rolle der Stadtverwaltung.“ Mawuttu Booi sitzt mir in seinem Büro in Khayelitsha gegenüber und zieht Bilanz. Er zählt zu den schwarzen Abgeordneten, die bei der ersten demokratischen Kommunalwahl in Khayelitsha von seinen ANC-Leuten gewählt wurde. Mit ihnen sei er regelmäßig in Kontakt, mindestens einmal pro Woche besuche er sie und frage nach ihren Wünschen. Fast demonstrativ schaltet er plötzlich sein Handy ab. „Ich werde sonst ständig angerufen, irgend jemand will immer irgend etwas von mir.“ Ich will von ihm wissen, was ihn so enttäuscht hat in seiner Arbeit als Stadtverordneter. „Wenn man mit den Offiziellen zusammenarbeitet, frustriert das. Die meisten kenne ich noch von der Apartheidszeit. Z. B. habe ich schon vor längerem einen Antrag gestellt mit der Bitte, ihn für die Stadtratssitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Nichts passiert. Fast jeden Tag klopfte ich an die Tür des weißen Beamten und frage nach. Seine stereotype Antwort lautet: nächstes Mal. Dieses Spielchen geht nun schon über Wochen. Wir Schwarzen sind dieselben, die Weißen sind dieselben. Sie verhalten sich genauso wie unter der Apartheid, nichts hat sich geändert.“

Mawuttu Booi redet sich in Rage.

„Wenn wir als ANC-Stadtverordnete etwas für Khayelitsha vorschlagen, dauert es ewig, bis das umgesetzt wird; wenn aber was für weiße Gebiete vorgeschlagen wird, passiert das sehr schnell. Wir sind die Minderheit, unsere Stimme wird nicht besonders gehört.“

Dennoch hat sich in den vergangenen drei Jahren einiges in Khayelitsha zum Positiven verändert. Z. B. entstanden viele neue Townshiphäuser. Sie sind aus Steinen gebaut und werden mit Strom und Wasser versorgt. Die Regierung stellt finanzkräftigen Bürgern die Grundstücke zur Verfügung und vergibt zinsfreie Darlehen. Oftmals werden die Häuser von den Bewohnern selbst errichtet.

Geändert hat sich auch die Zahlungsmoral vieler Einwohner. Früher weigerten sie sich, Gebühren für Strom, Wasser oder Abfallbeseitigung zu bezahlen. Dadurch boykottierten sie das Unterdrückungssystem. Doch selbst nach offizieller Abschaffung der Apartheid zahlte ein Gros der Bürger nicht. Erst nach wiederholten Aufforderungen sind die meisten bereit, den Service, den sie erhalten, zu finanzieren.

Mawuttu Booi ist nur nebenberuflich Stadtverordneter, hauptberuflich leitet er ein Baugeschäft. Würde er sich bei den nächsten Kommunalwahlen wieder aufstellen lassen? „Eigentlich will ich nicht mehr. Denn ich habe viel Zeit in mein Amt investiert und dadurch Probleme mit meinem Geschäft bekommen. Wenn ich mich wieder aufstellen lasse, verliere ich mein Geschäft.“ Doch auch bei Mawuttu Booi treffe ich wieder auf das Phänomen, daß der einzelne bereit ist, seine eigenen Wünsche den Interessen der Gemeinde unterzuordnen: nur seine Wählergemeinde könnte ihn dazu bringen, nochmals anzutreten. „Wenn meine Leute unbedingt wollen, daß ich sie wieder vertrete, dann werde ich es tun.“

Wenn Bürger sich zur Wehr setzen . . .

„Weißt Du, was passiert ist, kurz nachdem wir gestern den Grillplatz beim Fleischer in Khayelitsha verlassen haben?“ Arne, ein deutscher Entwicklungshelfer, der im Township arbeitet, klärt mich auf. „Sie haben genau dort einen weißen Fleischlieferanten erstochen!“

Messerscharfe Momente, die einen kalt erwischen können. Kriminalität ist Thema Nr. eins in Südafrika. Man kann sich ihm kaum entziehen. Zeitungen und Radiosender konfrontieren fast täglich mit detaillierten Beschreibungen verschiedenster Verbrechen. Vom Diebstahl über Raubmord bis zur Vergewaltigung. Die Medien zeichnen ein schwarzes Bild, welches oftmals wörtlich genommen wird. Gerade die schwarzen Townships seien doch Brutstätten von Gewalt und Brutalität, heißt es. Hörer und Leser rufen lautstark nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Die Townships fallen dem Rufmord zum Opfer. Betroffen ist auch Khayelitsha. Immer wieder werde ich von weißen Südafrikanern gewarnt, dorthin zu gehen. Das sei viel zu gefährlich - todesmutig geradezu.

Wenn ich sie nach ihren eigenen Erfahrungen frage, stellt sich heraus, daß sie nie in einem Township gewesen sind. Ihre Meinung bilden sie aus Urteilen bzw. Vorurteilen anderer.

Dennoch ist die Kriminalität in den Townships nicht wegzudiskutieren.

Sie existiert dort genauso wie in den weißen Stadtvierteln und sie hat zugenommen. Das zumindest ist die Erfahrung von Funeka Loza. Die schwarze Frau ist Mitarbeiterin des „Western Cape Community Policing Project“. Ziel dieses Projektes ist es, Bürger für das „Police Forum“, eine Art Bürgerwehr, anzuleiten.

Eine Gruppe von jeweils fünf Einwohnern geht zusammen mit einem Polizisten nachts auf Streife. Davon ausgehend, daß Verbrechen hauptsächlich am Wochenende stattfinden, dreht die sechsköpfige Gruppe jeden Freitag und Samstag von 19 Uhr bis fünf Uhr morgens ihre Runden durch die Straßen von Khayelitsha. Unter anderem suchen sie Shebeens (Kneipen) auf und überzeugen sich davon, daß diese auch tatsächlich um 21 Uhr geschlossen werden. „Alkohol ist oft Auslöser für Gewalttaten, dem wollen wir vorbeugen“, erklärt Funeka Loza. „Das Police Forum ist aber auch dazu da, bei der Aufklärung von Fällen mitzuhelfen. Z. B. ist kürzlich ein junger engagierter Arzt im Township ermordet worden. Die Leute aus der Forumsgruppe recherchierten im Township und brachten einen Verdächtigen zur Polizei.“ Alle Mitglieder dieses Police Forums haben sich freiwillig gemeldet. Wenn sie auf ihre nächtlichen Touren gehen, sind sie unbewaffnet, nur der begleitende Polizist trägt eine Waffe. Funeka zeigt diesen Bürgerwehren, wie sie sich in Konfliktsituationen verhalten sollen. Ein ganz wichtiger Schlüssel liege in der Kommunikation. „Wir bringen den Leuten bei, wie sie kritische Situationen sprachlich auffangen können.“

„Das häufigste Verbrechen in Khayelitsha ist zur Zeit der Kindesmißbrauch und da können wir im Vorfeld leider so gut wie gar nichts machen“, beklagt die engagierte Frau. „Das Forum hatte vorgeschlagen, auf jeder Polizeistation einen Opferraum einzurichten. In einer spielerischen Atmosphäre sollen dort die mißbrauchten Kinder befragt werden. Das halte ich für eine gute Idee.“

Nachdem Nelson Mandela 1990 aus der Haft freikam, fing in den Townships der Aufbau solcher freiwilliger Police Foren statt. Im Laufe der Jahre habe sich allerdings die Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei verschlechtert. „Viele vertrauen den Polizisten nicht mehr.“ Die Rede ist von Korruption. Es heißt, daß die NP-Regierung bewußt das Verbrechen in den Townships schüre. Zudem sei allgemein bekannt, daß Polizisten in Khayelitsha Waffen an Jugendliche verkaufen. „Dadurch verdienen sie sich etwas dazu, denn ihre Bezahlung ist sehr schlecht. Außerdem kommen viele Polizisten direkt von der Straße, völlig ohne Ausbildung.“

Obwohl das Verhältnis schlechter wurde, lassen sich immer wieder neue Bürger für das Forum aufstellen. Sie wollen sich gegen die Kriminalität in ihrem Township zur Wehr zu setzen. „Es hat sich gezeigt, daß diese Foren in der Verbrechensbekämpfung hilfreich sind.“

Den Vorurteilen, die sich in den Köpfen vieler Weißer festgesetzt haben, stehen die Bürger recht hilflos gegenüber. Ansichten eines Einwohners aus Khayelitsha:

„Weiße in Kapstadt glauben, umgebracht zu werden, wenn sie hierher kommen. Wir haben mehr Leute aus Übersee und Europa, die uns besu-

chen, als Weiße aus Südafrika. Auch die weißen Beamten wollen nicht hierherkommen, das ist doch lächerlich. Sie haben Angst. Angst vor der ‚schwarzen Gefahr‘. Ein Ausdruck, der unter der Apartheid geboren wurde. Sobald sie einen Schwarzen sehen, denken sie, das ist jemand, der etwas Schlechtes tun könnte. Ich glaube, da spielt auch die Schuldfrage eine große Rolle. Wenn sie auf uns Schwarze gucken, fühlen sie sich schuldig und sind ängstlich."

Wachsende Demokratie

Die jungen Mädchen haben sich ihre Fingernägel rot lackiert, einige der älteren Frauen ihre Gesichter weiß angemalt. Auf die improvisierte Bühne klettert eine Gruppe von Kindern und tanzt. Festtagsstimmung in Khayelitsha. Eine Frau löst sich aus den Reihen der Zuschauer und ergreift plötzlich das Mikrofon: „Wir müssen den Teufel aus den Straßen in Khayelitsha treiben, Demokratie fängt nicht morgen an, sondern heute." Die Rednerin bezieht sich dabei auf die Kriminalität - die Schattenseite - in Khayelitsha, aber sie spricht auch davon, warum die Einwohner an diesem Tag zusammengekommen sind. Es ist Samstag, ein besonderer Tag, denn es ist der Tag der Parkeinweihung. Der erste Baum für den ersten öffentlichen Park in Khayelitsha wird gepflanzt und zwar an einem geschichtsträchtigen Ort. „It is a park on the top of a park." Vor Jahren sollte unter der Apartheidsregierung genau an dieser Stelle ein Park entstehen. „Es war ein klassischer Lockversuch der weißen Minderheitsregierung. Sie sagten, sie wollten uns einen schönen Park bauen. Mal wieder entschieden sie über unsere Köpfe hinweg. Wir wurden nicht gefragt, ob wir den Park überhaupt haben wollten. Also boykottierten wir das System. Wir stahlen die Bäume, sogar das Gras und zerstörten die Wasseranlagen. Am nächsten Tag war alles kaputt." Dumisa Bangani, der ehemalige Widerstandskämpfer, setzt sich heute aktiv für den demokratischen Aufbau seines Townships ein. Zusammen mit dem deutschen Entwicklungshelfer Arne Siwiza arbeitet er bei „KERIC“, dem Khayelitsha Education Resource and Information Center. Diese Bürgerorganisation besteht seit 1993. Sie kümmert sich vorwiegend um Aufklärungskampagnen, Umwelterziehung und Recyclingkonzepte. Aus ihren Federn stammt auch der Plan zum Park. Die Einwohner äußerten ihre Wünsche und die Leute von Keric versuchten, sie formal umzusetzen. Nun entsteht ein Park mit einem Amphitheater.

Der Bürgermeister von Khayelitsha greift zum Spaten und wirft Erde über den ersten Baum, der eingepflanzt wird. Unter Klatschen und lauten Gesängen reicht er den Spaten von einem Bürger zum nächsten.

Wenngleich nur rund 50 Bürger daran teilnehmen und diese Parkeinweihung nicht besonders spektakulär ist, so zeigt sich doch in ihr ein wichtiger sichtbarer Wendepunkt auf dem Weg zu einem besseren, selbstgestalteten Khayelitsha. Ein Weg, der im Licht der Freiheit angelegt ist.

„UBUNTU“

Khayelitsha. Ein Ort, in dem ein anderer Rhythmus schlägt.

Zeit ist nicht gleich Geld; und Geld ist nicht gleich alles. Hier schlägt das Herz noch für den anderen. Warmherzige Augen begegnen mir unter sonnenblauem Himmel. Die Menschen sind offenherzig, interessiert. Sie suchen Hautkontakt. Wenn sie mit mir sprechen, halten sie meine Hände fest. Deutsche Distanz weicht südafrikanischer Nähe.

Khayelitsha, ein Ort, in dem andere Traditionen lebendig sind.

Von einem Erwachsenen erfahre ich, wie er selbst ein überliefertes Ritual seines Stammes erlebt hat:

„Mit 17 Jahren sagte mein Vater zu mir: ‚Du bist jetzt alt genug, um Deinen Monat im Busch zu verbringen.‘ Ich wußte überhaupt nicht, was mich erwartet. Mit sechs anderen Jungen fieberte ich dem Ungewissen entgegen. Dann war der Tag da. Wir zogen los. Mit nichts in den Händen als einer geschlachteten Ziege und ein paar Trockenfrüchten suchten wir uns einen unbewohnten Fleck. Dort bauten wir eine provisorische Hütte, um in ihr einen Monat zu wohnen.“ Die Jungen sind nackt, nur das Ziegenfell haben sie als Schutz - alles Künstliche soll von ihnen ferngehalten werden. Sie fasten, eine Woche ernähren sie sich nur von den Trockenfrüchten, zu trinken gibt es nichts. Dann beginnt der wirklich schmerzhafte Einschnitt auf dem Weg zur Männlichkeit. Die Vorhaut des Penis wird entfernt. „Es war furchtbar! Ich war damit beschäftigt, meine Wunde zu heilen und die Schmerzen zu erleiden.“ Die Jungen sind in ihrem Schmerz nicht allein. Ältere männliche Verwandte besuchen sie und zeigen ihnen, wie sie die Wunden behandeln müssen. Von den Verwandten werden sie in die Rituale ihres Stammes eingeführt. „Wir lernen, welche Pflichten wir in der Familie haben, was wir tun müssen, wenn z. B. unsere Schwester von ihrem Mann mißhandelt wird, oder wie wir Streit in der Gemeinschaft schlichten können. Es ist toll, was ich alles aus den Erzählungen der Verwandten gelernt habe.“ Die Zeit im Busch ist eine rein männliche Angelegenheit. Frauenbesuch ist nicht gestattet und auch die Mütter wissen so gut wie nichts darüber, was im Busch passiert. Sie zittern dem Moment entgegen, wenn ihr Junge nach einem Monat zurückkommen müßte. Wird er dabei sein, ist die Gruppe vollzählig?

Dies ist nicht immer der Fall, es kommt vor, daß das, was für viele als Abenteuer begann, tödlich endet. Wenn ein Junge die Beschneidung nicht überlebt, erfährt die Mutter nichts; er wird von seinem Vater im Busch beerdigt.

Von der Kindheit zur Männlichkeit - die Zeit im Busch soll die Jungen hart machen. Hart gegen sich selbst und verantwortungsbewußt gegenüber den anderen. „Als ich wiederkam, wußte ich, jetzt werde ich als Mann akzeptiert, denn ich habe den Schmerz mannhaft durchlitten und weiß nun auch, mir in Extremsituationen zu helfen. Ich bin stolz - stolz auf die Kultur meines Stammes.“

Khayelitsha, der Ort, in dem eine andere Lebensweisheit zählt.

„Wir leben und kämpfen nicht für uns, sondern für die Gemeinschaft.“
Eine Lebensprämisse, auf die ich immer wieder treffe - im kleinen wie im großen: Sonntagnachmittag. Ich bin eingeladen, den Tag in Khayelitsha zu verbringen. Ganz zwanglos. Wir sitzen plaudernd vor dem Haus von Dumisa. Die Nachbarn kommen herüber, bringen etwas zu Trinken mit, gesellen sich zu uns. Eine völlig selbstverständliche Geste.

Mir wird die Hilfsaktion eines älteren Xhosa-Mannes erzählt, der seit einiger Zeit in Khayelitsha zu Besuch ist. Dieser Mann hatte davon gehört, daß Leute aus der Transkei während einer Fahrt nach Kapstadt verunglückt waren. Da er selbst auch aus der Transkei kommt, hat er spontan Spenden gesammelt, um „seinen“ Leuten zu helfen.

„Es gibt bei uns einen Ausdruck, der heißt ‚UBUNTU‘. Direkt übersetzt steht er für Menschlichkeit. Für den Gemeinschaftssinn, das Aufgehoben-sein in der gegenseitigen Fürsorge, die Gastfreundschaft, den Sinn für den anderen; das Wissen, das sich meine Menschlichkeit nur darin zeigt, wie ich den anderen behandle und umgekehrt.“